







Frage	Bündnis90/Grüne 	CDU/CSU 	FDP 	Linke 	SPD 
<p><b>Plant Ihre Partei Eingriffe in die derzeitigen Vergütungssysteme unabhängiger Versicherungs- und Finanzanlagenberater und -vermittler? Wenn ja, welche Veränderungen planen Sie, mit welchem Ziel planen Sie diese und wie lautet der Zeitplan?</b></p>	<p>Obwohl durch Provisionen eine qualitativ hochwertige Beratung nicht ausgeschlossen ist, besteht insgesamt die Gefahr von Fehlberatungen an den individuellen Bedürfnissen der Kund*innen vorbei. Wir GRÜNE wollen daher heute die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen, um einen sukzessiven Übergang von der Provisionsberatung zur unabhängigen Honorarberatung zu vollziehen. Hierfür muss ein klarer Zeitplan festgelegt werden, so dass für alle Beteiligten ein planbarer und angemessener Übergangszeitraum besteht.</p>	<p>CDU und CSU sprechen sich grundsätzlich für ein Nebeneinander von provisionsbasierter und honorarbasierter Vergütung aus. Begrenzungen der Provisionen sind nur in Ausnahmefällen sinnvoll, um Missstände zu verhindern, wie z. B. bei Restschuldversicherungen. Hier haben Selbstverpflichtungen der Branche nicht dazu geführt, dass sich die teilweise deutlich überhöhten Kostengestaltungen auf ein für die Verbraucherinnen und Verbraucher angemessenes Niveau einpendeln. Deshalb hat die unionsgeführte Bundesregierung gesetzlich die Provisionen bei Restschuldversicherungen auf 2,5 % der Darlehenssumme reduziert.</p>	<p>Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in der 19. Legislaturperiode vorgelegte Evaluation des Lebensversicherungsreformgesetzes hat aus Sicht der Freien Demokraten nicht die Notwendigkeit offenbart, im Hinblick auf die Vergütung der unabhängigen Versicherungs- und Finanzanlageberater tätig zu werden. Der Evaluationsbericht hat vielmehr erste, signifikante Kostensenkungen nach der Reform bestätigt, so dass insbesondere keine Notwendigkeit für eine gesetzliche Deckelung der Provisionen (Provisionsdeckel für Lebensversicherungen) besteht.</p>	<p>Plant Ihre Partei Eingriffe in die derzeitigen Vergütungssysteme unabhängiger Versicherungs- und Finanzanlagenberater und -vermittler? Wenn ja, welche Veränderungen planen Sie, mit welchem Ziel planen Sie diese und wie lautet der Zeitplan? Wirklich unabhängige Vermittlung ist aus unserer Sicht nur ohne jegliche Provisionen oder ähnlich gelagerte, im Hintergrund wirkende Vertriebsanreize möglich. DIE LINKE setzt sich daher für die Stärkung der unabhängigen Honorarberatung sowie eine Stärkung unabhängiger Beratungstätigkeiten durch die Verbraucherzentralen ein. Ein Nebeneinander der Vergütungsmodelle oder ein gemischtes Modell stellen für uns eine zeitlich eng begrenzte Übergangslösung dar.</p>	<p>Wir setzen uns für eine faire Vergütung des Vertriebs von Versicherungen und Finanzanlagen ein, die Anleger*innen vor überzogenen Kosten schützt und gleichzeitig ehrlichen und fairen Berater*innen und Vermittler*innen ein auskömmliches Einkommen ermöglicht. Überhöhte Provisionen, die zu Lasten der Verbraucher*innen gehen, werden wir deckeln. Ein generelles Provisionsverbot lehnen wir hingegen ab.</p>

# Antworten auf die AfW-Wahlprüfsteine

Frage	Bündnis90/Grüne 	CDU/CSU 	FDP 	Linke 	SPD 
<p><b>Beabsichtigen Sie, eine Aufsicht der unabhängigen Versicherungs- und Finanzanlagenberater und –vermittler durch die BaFin einzuführen? Wenn ja, mit welchen empirischen Daten begründen Sie dieses Vorhaben?</b></p>	<p>Die Aufsicht über alle Finanzanlagenvermittler*innen und –berater*innen muss deutschlandweit nach vergleichbaren Standards und mit vergleichbaren Abläufen auf einem einheitlich hohen Niveau stattfinden. Dies ist in den heutigen Strukturen, in denen die Aufsicht in den Ländern unterschiedlich gestaltet ist, nicht immer gewährleistet, weshalb wir GRÜNE uns für eine Vereinheitlichung durch die Bündelung der Aufsicht bei der BaFin aussprechen.</p>	<p>Ziel von CDU und CSU ist es, die Qualität der Vermittlung und den Verbraucherschutz zu stärken. Diesbezüglich ist es derzeit nicht optimal, dass die Aufsicht zwischen Beratern und Vermittlern in den Bereichen Finanzanlagen einerseits und Versicherungen andererseits stark auseinanderfällt. Da dies zum Teil auch daran liegt, dass die Länder für die gewerbe-rechtliche Aufsicht zuständig sind und hier die Zuständigkeit zum Teil bei den IHKs, zum Teil aber auch bei den Gewerbeämtern liegt, müsste gemeinsam mit den Ländern eine Lösung gefunden werden, wie wir hier mehr Einheitlichkeit erreichen können. Dazu werden wir in der kommenden Legislaturperiode Gespräche mit IHK und BaFin suchen, um Kompetenzen zu bündeln und Synergien zu heben.</p>	<p>Die von der Bundesregierung und den Bundestagsfraktionen CDU/CSU und SPD in der 19. Wahlperiode angestrebte Übertragung der Aufsicht über Finanzanlagenvermittler auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) (vgl. „Entwurf eines Gesetzes zur Übertragung der Aufsicht über Finanzanlagenvermittler und Honorar-Finanzanlagenberater auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht“, BT-Drs. 19/18794) lehnt die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag ab. Die Mehrkosten durch die Übertragung der Aufsicht über Finanzanlagenvermittler auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht würden zu einem Rückgang der Anzahl der Berater und höheren Kosten für die Kunden führen. In einer Zeit eines anhaltenden Niedrigzinsumfeldes, in der sich viele Bürgerinnen und Bürger ohnehin um ihr Ersparnis Sorgen machen, kann das nicht das Ziel sein. Wir setzen uns für eine dezentral in den Ländern organisierte, ortsnahe erreichbare und kostengünstige Aufsicht ein. Hierzu hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag eine Initiative eingebracht (vgl. <a href="#">„Qualifizierte Finanzberatung ortsnahe“</a>).</p>	<p>DIE LINKE befürwortet die Übertragung der Aufsicht über Finanzanlagenvermittler*innen auf die BaFin. Diese sollte aber möglichst kostenschonend für Vermittler*innen erfolgen. Im aktuellen Rechtszustand sind Verbraucher*innen bei Vermittler*innen von Geldanlagen schlechter geschützt als bei Banken und Sparkassen, weil letztere viel strengere Beratungsaufgaben haben (WpHG, KWG). Das Aufsichtsniveau sollte aber nicht variieren. Die BaFin ist für diese Aufgabe inhaltlich, personell und strukturell besser aufgestellt als z.B. Gewerbeämter. Bei der BaFin entfällt eine umständliche Anforderung von (Wertpapier)Prospekten. Bei den IHKs besteht zudem ein Interessenkonflikt - einerseits vertreten sie als Wirtschaftsplattformen die Interessen der gewerblichen Vermittler/innen, andererseits sind sie für deren Aufsicht und Zulassung zuständig. Die BaFin ist eingebettet in die ESMA, was für eine einheitliche Anwendung des vornehmlich europäisch geprägten Kapitalmarktaufsichtsrechts vorteilhaft ist.</p>	<p>Derzeit wird die Tätigkeit von Finanzanlagenvermittler*innen und -berater*innen in Abhängigkeit ihres Sitzes durch die Gewerbeämter oder die Industrie- und Handelskammern beaufsichtigt. Das führt zur organisatorischen und inhaltlichen Zersplitterung der Aufsichtsarbeit. Damit einher geht die Gefahr von Qualitätsverlusten bei der Aufsicht in einem Bereich, in dem vor allem viele Kleinanlegerinnen und Kleinanleger in hohem Maße schutzbedürftig sind. Wir werden die Aufsicht über freie Finanzanlagenvermittler*innen auf die BaFin übertragen.</p>

Frage	Bündnis90/Grüne 	CDU/CSU 	FDP 	Linke 	SPD 
			<a href="#">und kostengünstig erhalten“ BT-Drs.-19/18861</a> ).		
<p><b>Sehen Sie noch Nachbesserungsbedarf bei der Regulierung der Versicherungs- sowie der Finanzanlagenvermittlung? Wenn ja, welchen?</b></p>	<p>Wir wollen in der Branche ein eigenständiges und wettbewerbsfähiges Berufsbild des unabhängigen Honorarberaters mitsamt eigener Honorarordnung etablieren. Wir GRÜNE setzen uns deshalb heute für gleiche Wettbewerbsbedingungen für die unabhängige Honorarberatung ein. Hierzu gehören z.B. das verpflichtende Angebot von Netto-Tarifen oder die volle Transparenz bei Provisionen und Zuwendungen.</p>	<p>Wir wollen vor allem die MiFID-II-Regeln verbraucherfreundlicher ausgestalten. Dabei wollen wir Regeln beseitigen, die zulasten der Beratungsqualität gehen. Reformbedürftig ist hier z. B. die Regelung zum sog. Taping. Um dies zu erreichen, müssten aber zunächst die EU-Vorgaben angepasst werden, da von diesen derzeit national nicht abgewichen werden kann.</p>	<p>Über den bereits skizzierten Änderungsbedarf hinaus, sehen wir derzeit keinen weiteren Reformbedarf.</p>	<p>Für den Finanzmarkt fordert DIE LINKE den Finanz-TÜV - eine vorbehaltliche Zulassungsprüfung für Finanzinstrumente: Nicht alle Finanzinstrumente, mit denen Finanzunternehmen betriebswirtschaftlich Geld verdienen können, sind auch wünschenswert. In Zukunft sollen nur noch solche Finanztransaktionen und -instrumente erlaubt sein, die auch einen gesamtwirtschaftlichen und/oder gesellschaftlichen Nutzen stiften. Ein solches präventives Instrumentarium könnte auch die Arbeit der Vermittler*innen wesentlich erleichtern. Daneben fordern wir durch verschiedene Maßnahmen das Mandat der BaFin zum "kollektiven Schutz" von Verbraucherinteressen zu erweitern, wie z.B. durch die Verpflichtung zur Unterstützung von Geschädigten. Weitere Reformvorschläge zur Finanzmarktregulierung finden Sie in unserem Positionspapier unter nachfolgendem <a href="#">Link</a></p>	<p>Für das Vertrauen in die Funktionstüchtigkeit und Sicherheit von Finanzmarktakteur*innen und Finanzprodukten ist es gerade für Kleinanleger*innen wichtig, dass sie eine unabhängige und an ihren Interessen orientierte Beratung erhalten können. Die Anlageberatung sollte durch eine Stärkung der Honorarberatung verbessert werden. Hierzu bedarf es einer wirklichen Gleichberechtigung zwischen provisionsgestützter Beratung und unabhängiger Honorarberatung. Aus diesem Grund sollten auch die Vertriebsmargen bei Festpreisgeschäften im Rahmen der provisionsgestützten Beratung offengelegt werden.</p>




# Antworten auf die AfW-Wahlprüfsteine

Frage	Bündnis90/Grüne 	CDU/CSU 	FDP 	Linke 	SPD 
<p><b>Bisher wurden stets neue bzw. zusätzliche Regelungen beschlossen – ohne die Auswirkungen vorheriger Regulierungsmaßnahmen evaluiert zu haben. Plant Ihre Partei Evaluierungsmaßnahmen bisheriger Regulierungsvorhaben (zum Beispiel IDD und MiFID II u.ä.).</b></p>	<p>Nicht immer kann die Wirkung eines Gesetzes in der Praxis komplett antizipiert werden. Manche Regel, die Verbraucher*innenschutz oder Finanzstabilität dienen soll, führt nicht zum gewünschten Erfolg, sorgt aber für Bürokratie. Evaluationen sind deshalb wichtig und angebracht, um Regulierungslücken zu schließen und unnötige Belastungen für die Branche zu identifizieren und zu beseitigen. Über die bereits in Deutschland und der EU anstehenden Evaluationen hinaus haben wir GRÜNE derzeit keine weiteren Pläne.</p>	<p>Regulierungsmaßnahmen sollten grundsätzlich hinsichtlich ihrer Wirkungen evaluiert werden. Dies geschieht national wie auch auf der EU-Ebene bei nahezu allen Vorhaben im Finanzbereich. Derzeit laufen bzw. liefern bereits Evaluationen von IDD und MiFID II. Abhängig von den Evaluationsergebnissen werden wir den gesetzlichen Handlungsbedarf prüfen.</p>	<p>In Anlehnung an die Vorschläge der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority, EBA), die Vorschläge für die Senkung der Regulierungskosten für kleinere Kreditinstitute unterbreitet hat, sollten die europäischen Regulierungsvorschriften auch in anderen Bereichen auf einen möglichen Bürokratieabbau geprüft werden.</p>	<p>DIE LINKE bewertet eine Vielzahl von Regelwerken fortlaufend, auch unter eigenen Prämissen und fordert entsprechend Evaluierungen durch die Bundesregierung, etwa über den Finanzausschuss ein. Im Kontext von MIFID II wird künftig die Abfrage und Berücksichtigung der Nachhaltigkeitspräferenz der Kund*innen in der Anlageberatung verpflichtend. Dies macht einen erweiterten Qualifikationsbedarf seitens der Anlageberater*innen erforderlich. Für Kund*innen schafft dies mehr Transparenz und Passgenauigkeit in der Anlageentscheidung und hilft, ein Bewusstsein für Nachhaltigkeit zu schärfen. Aus unserer Sicht bedarf es allerdings qualitativ wesentlich strengerer und eindeutigerer Vorgaben und Kontrollen, was als nachhaltige Anlage gelten und vermarktet werden darf. Daneben stehen für uns im Bereich Anlageberatung und -dokumentation andere Aspekte im Vordergrund, die verpflichtend aufzunehmen wären, wie z.B. die konsequente Offenlegung von sämtlichen Vertriebsanreizen.</p>	<p>Die SPD teilt die Einschätzung der Fragesteller nicht. Wir werden auch weiterhin Regulierungsvorhaben auf Grundlage einer gründlichen Evaluierung der bestehenden Rechtslage vornehmen.</p>

# Antworten auf die AfW-Wahlprüfsteine

Frage	Bündnis90/Grüne 	CDU/CSU 	FDP 	Linke 	SPD 
<p><b>Die Notwendigkeit privater Vorsorge besteht mehr denn je. Wie sehen Sie die Rolle der unabhängigen Versicherungs- und Finanzanlagenberater und -vermittler bei der Implementierung neuer Altersvorsorgemodelle?</b></p>	<p>Mit PEPP will die Kommission Standardprodukte für die private Altersvorsorge zur Verfügung stellen. Auch wir wollen mit dem Bürgerfonds ein gutes, kostengünstiges Standardprodukt für die private Altersvorsorge bereitstellen, das die wichtigsten Bedürfnisse abdeckt. Jedoch werden viele Menschen dieses Produkt durch individuelle Lösungen ergänzen wollen, wofür gute Beratung notwendig sein wird.</p>	<p>Wichtig ist, dass Verbraucherinnen und Verbraucher kompetent und unkompliziert beraten werden. Die Rolle der unabhängigen Berater und Vermittler ist dementsprechend, den Verbraucherinnen und Verbraucher die erforderlichen Informationen zu vermitteln, damit sie eine gute Entscheidung hinsichtlich ihrer Altersvorsorge treffen können.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wissen um den hohen Wert der Versicherungs- und Finanzanlageberater für den Vermögensaufbau – ebenso wie für die Altersvorsorge der Bürgerinnen und Bürger. Daher werden wir darauf achten, dass überall in Deutschland die bewährte und qualifizierte Finanzberatung gewährleistet werden kann. Wir wollen darüber hinaus ein Altersvorsorge-Depot einführen. Ohne obligatorischen Versicherungsmantel vereinen wir so das Beste aus Riester-Rente (Zulagen-Förderung), Rürup-Rente (steuerliche Förderung) und dem amerikanischen Modell „401K“ (Flexibilität und Rendite-Chancen). Ansprüche aus der Altersversorgung müssen übertragbar (Portabilität) und ein Anbieterwechsel möglich sein. Versicherungs- und Finanzanlageberater sind und bleiben hierbei wichtige Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger.</p>	<p>DIE LINKE setzt sich für die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung ein. Wir wollen, dass die gesetzliche Rente die tragende Säule in der Altersvorsorge ist. Die bewusst gerissenen Lücken in den sozialen Sicherungssystemen müssen geschlossen werden, so dass eine Lebensstandard-sichernde Rente für jede/n erreichbar ist. Hier dürfen Versicherungsvermittler/innen keine Ausfallbürgen oder Lückenbüßer*innen für Kürzungen im sozialen Bereich sein. Bei wirklich verbraucherorientierter Vermittlung tragen Vermittler*innen zur finanziellen Sicherheit im Schadenfall sowie zur Vorsorge ihrer Kund*innen bei.</p>	<p>Ehrliche und faire Versicherungs- und Kapitalanlagevermittler*innen üben eine wichtige Funktion aus, denn viele Verbraucher*innen sind bei ihren Anlageentscheidungen auf Expertenwissen angewiesen. Wir erwarten von Vermittler*innen und Berater*innen, dass sie ihre Beratung ehrlich, redlich und professionell im bestmöglichen Interesse ihrer Kunden erbringen. Bei Beratungs- und Vermittlungsgesprächen sollten Verbraucher*innen diejenigen Finanzanlagen angeboten werden, die für sie individuell passen, die also angemessen und geeignet sowie kostengünstig sind.</p>

# Antworten auf die AfW-Wahlprüfsteine

Frage	Bündnis90/Grüne 	CDU/CSU 	FDP 	Linke 	SPD 
<p><b>Die BaFin hat in der laufenden Legislaturperiode Äußerungen getätigt, die in Richtung politischen Gestaltens gingen (z.B. Provisionsdeckel in der Lebensversicherung einführen, auch wenn der Gesetzgeber dies ablehnt). Wie steht Ihre Partei zu solch politischen Äußerungen einer Aufsichtsbehörde?</b></p>	<p>Wir GRÜNE wollen, dass die BaFin zu einer aktiven Hüterin der Integrität des Finanzmarkts wird, Betrug, Geldwäsche und andere illegalen Aktivitäten im Finanzmarkt effektiv bekämpft und Verbraucherschutz gewährleistet. Sie hat als Aufsichtsbehörde tiefere Einblicke in den Markt als Ministerien und Parlament. Wenn die BaFin klar auf Missstände hinweist und Vorschläge für aus ihrer Sicht nötige Gesetzesänderungen macht, begrüßen wir das. Die politische Entscheidung verbleibt aber klar beim Parlament.</p>	<p>CDU und CSU schätzen den fachlichen Sachverstand, der in unseren Aufsichtsbehörden wie der BaFin vorhanden ist. Deshalb ist es wichtig, dass aus den Aufsichtsbehörden ein etwaiger Reformbedarf gegenüber der Politik kommuniziert wird. Nur ein enger Austausch kann bei Missständen schnell Abhilfe schaffen. Die Art der Kommunikation ist dabei vom Einzelfall abhängig. In der Regel sollte der Austausch aber intern stattfinden und in den Ministerien bewertet werden.</p>	<p>Die Kernaufgabe der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ist es, ein funktionsfähiges, stabiles und integriertes deutsches Finanzsystem zu gewährleisten. Bankkunden, Versicherte, Investoren und Anleger sollen dem Finanzsystem vertrauen können. Vor dem Hintergrund des Wirecard-Skandals, bei dem auch die BaFin Versäumnisse eingestehen musste, wäre eine stärkere Fokussierung der BaFin auf ihre Kernaufgaben zu begrüßen. Darüber hinaus hat sich aus der Evaluation zum Lebensversicherungsreformgesetz (LVRG) bereits auf Grundlage der erhobenen Daten kein Zwang für einen Provisionsdeckel ableiten lassen.</p>	<p>Auf Grundlage ihrer fachlichen Expertise sollte es der Aufsicht durchaus zugestanden sein, auch wertende Äußerungen und Empfehlungen vorzunehmen. Wir brauchen einen Wandel in der Aufsichtskultur - hin zu einer aktiveren BaFin, die genau hin- statt wegschaut, die Mängel klar benennt und sich auch einmischt. Ihr weitergehende Kompetenzen einzuräumen, Schlussfolgerungen und Konsequenzen auch umzusetzen ist und bleibt Sache des Gesetzgebers.</p>	<p>Wir begrüßen es, dass Vertreterinnen und Vertreter der BaFin ihren Sachverstand auch in politische Diskussionen einfließen lassen.</p>